

„Ein ungewisser Gipfel“ in 30 jours d'Europe(Juli-August 1972)

Legende: Dieser Artikel aus der Monatszeitschrift 30 jour d'Europe vom Sommer 1972 fragt sich, ob die nächste europäische Gipfelkonferenz wie vorgesehen am 19. Oktober in Paris stattfinden wird und ob dort der gleiche Geist eines Neuanfangs herrschen wird wie auf dem Gipfel von Den Haag im Dezember 1969.

Quelle: 30 jours d'Europe. dir. de publ. Fontaine, François ; RRéd. Chef Chastenet, Antoine. Juillet-août 1972, n° 168-169. Paris: Service d'information des Communautés européennes. "Le Sommet incertain", auteur:Hubert, Raymond , p. 7-9.

Urheberrecht: Libre reproduction, mention d'origine obligatoire.

URL: http://www.cvce.eu/obj/ein_ungewisser_gipfel_in_30_jours_d_europe_juli_august_1972-de-a9a6038d-aad4-459b-b226-3fc1213033c4.html

Publication date: 13/08/2015

Ein ungewisser Gipfel

Ob der für den 19. Oktober geplante europäische Gipfel in Paris wirklich stattfinden wird, ist noch ungewiss. Wenn diese Zeilen erscheinen, wird er vielleicht sogar bereits ein irrealer Moment in der Vergangenheit sein. Trotzdem halten die zehn Regierungen an dem Mythos der „Gipfelvorbereitung“ fest.

Wie positiv waren die Reaktionen dagegen, als der französische Präsident Pompidou das erste Mal die Idee aufgriff, die Staats- und Regierungschefs zu einer ähnlichen Konferenz wie im Dezember 1969 in Den Haag einzuladen!

Das war im August 1971. Europa wurde damals auf brutale Weise mit der Abwertung des Dollars und der Geldkrise konfrontiert. Die Vorstellung eines Gipfels, der es der erweiterten Gemeinschaft der nun zehn Mitgliedsstaaten ermöglichen würde, sich zu festigen, ihre Ziele für die nächsten zehn Jahre genauer zu bestimmen und zusammenzurücken, um ihren Platz in einer gespaltenen Welt zu behaupten, war nur allzu verführerisch. Man hatte den Gipfel von Den Haag, der gleichbedeutend mit der wirklichen Rückkehr Frankreichs in die Gemeinschaft war, in guter Erinnerung behalten.

Die Vorbereitung

Zwei Jahre lang war der mühsame Weg hin zur europäischen Einheit erneut beschritten worden, die Erweiterung war Wirklichkeit geworden ... Der Gipfel von Paris sollte Europa neuen Schwung verleihen und mit dem gleichen Glanz wie die Konferenz von Messina in die Geschichte eingehen ...

Man feierte also während der letzten Monate des Jahres 1971 die Aussicht auf das Gipfeltreffen. Anfang 1972 war man sich dann allgemein einig, dass es ein Treffen dieses Ausmaßes ernsthaft vorzubereiten galt, und die zehn Regierungen gingen zur wirklichen Vorbereitung über. So kam es, dass die zehn Außenminister unter luxemburgischem Ratsvorsitz im Mai und Juni 1972 dreimal tagten und einem der großen Themen widmeten, die für die Tagesordnung des Gipfeltreffens unabdingbar waren: die Wirtschafts- und Währungsunion, die Beziehungen der Gemeinschaft mit dem Rest der Welt und die Konsequenzen, welche zwangsläufig mit den neuen Perspektiven, die sich der Gemeinschaft eröffneten, für ihre Organe einhergingen.

Die großen Klippen

Es wurde geplaudert. Genau genommen fand während dieser drei Treffen keine Diskussion statt, es handelte sich vielmehr um aufeinander folgende Vorträge, bei denen jeder seine Hintergedanken durchblicken ließ.

So kam es, dass sehr schnell die großen Klippen deutlich in den Vordergrund traten: Zunächst einmal die Grenzen der Unabhängigkeit Europas gegenüber Washington, dann der alte Doktrinstreit, der mit einer Heftigkeit, die man hinter sich gelassen glaubte, erneut ausbrach: Die Konfrontation der gemeinschaftlichen Vorstellung und der Vorstellung eines „Europas der Nationen“. Dieser zweite heikle Streitpunkt polarisierte die Positionen und verschärfte sich in Anbetracht der Auseinandersetzung um das politische Sekretariat. Die französische Regierung gestand die Notwendigkeit einer dem Ministerrat zur Verfügung stehenden Einrichtung ein, welche die politische Zusammenarbeit erleichtern sollte (die Idee war von Bundeskanzler Brandt vorgebracht worden). Aber dieses Sekretariat sollte ihrer Meinung nach seinen Sitz nicht beim Rat in Brüssel, sondern in Paris haben.

Als Rechtfertigung führte die französische Regierung ihre Befürchtung an, dass das politische Sekretariat im Schatten des NATO-Sitzes arbeiten und die Europäische Kommission es in Beschlag nehmen würde; kurz gesagt war sie fest entschlossen, die politische Zusammenarbeit auf zwischenstaatlicher und nicht auf gemeinschaftlicher Ebene anzusiedeln — und zwar abgesichert gegenüber jeglichem Abdriften in Richtung der Gemeinschaft.

In diesem Zusammenhang wurde seltsamerweise der bereits begrabene „Fouchet-Plan“ wieder ausgegraben, was bei manchen eher auf Unverständnis stieß, nachdem dank des Geistes von Den Haag neue Hoffnungen

geweckt worden waren.

Es wird Tacheles geredet

Anlässlich des Besuchs der belgischen Minister Gaston Eyskens und Pierre Harmel in Paris am 2. Juni dieses Jahres wurde dann Tacheles geredet. An diesem Tag erklärte Georges Pompidou ohne Umschweife, dass, wenn es nach ihm ginge, er lieber erst gar nicht zum Gipfel im Oktober laden würde, als eine Konferenz zu erleben, die mit *vagen Absichtserklärungen, Abkommen zu unbedeutenden Themen oder, schlimmer noch, schlecht vertuschten Unstimmigkeiten* schließt.

Nachdem sich die Aufregung wegen dieses Faustschlags auf den Tisch, der an längst vergangen geglaubte Zeiten erinnerte, wieder gelegt hatte, reagierten Frankreichs Partner. Zuerst die drei Beneluxländer, die eins nach dem anderen (Harmel am 7. Juni, Thorn am 2. Juni, Schmelyer anlässlich des Besuch der Königin Juliana in Paris), im Wesentlichen antworteten: „Na gut, wie ihr meint! Besser ein vertagter als ein schlechter Gipfel. Wer die Verantwortung für die Vertagung übernehmen möchte, hebe bitte die Hand.“

Nachdem wieder Ruhe eingekehrt ist, stellt man nun fest, dass die ganze Angelegenheit ihren dramatischen Charakter verloren hat. Wird der Gipfel stattfinden? Wird er erst im Frühjahr 1973 stattfinden? Niemand scheint sich darum zu reißen, den Termin vom 19. Oktober zu bestätigen oder abzusagen.

Am meisten scheint Bundeskanzler Brandt an dem Termin festhalten zu wollen, der es gerne sehen würde, wenn die deutschen Wahlen vor dem Hintergrund einer diplomatischen Veranstaltung stattfänden, die ihn in einem günstigen Licht dastehen ließe (die Konferenz von Den Haag war für ihn persönlich ein sehr großer Erfolg gewesen). Die vier neuen Mitgliedsstaaten und vor allem die britische Regierung geben sich mit anbiedernder Diskretion: „Wir sind neu ...wir richten uns ganz nach euch ...“. Die Italiener haben andere Sorgen. Die drei Beneluxländer glauben nunmehr kaum noch an die Chance einer wirklich aktiven „Relance“ Europas, wie sie sie sich gewünscht hätten.

Wieder eine verpasste Gelegenheit?

Trotz alledem sind sie der Meinung, dass ein Gipfeltreffen, das sich auf die Wirtschafts- und Währungsunion und die Beziehungen zur Dritten Welt beschränkt, noch im Herbst sinnvoll wäre. Die Franzosen zeigen sich zögerlicher, vermitteln allerdings den Eindruck, keinen besonderen Wert darauf zu legen, die Verantwortung für die Vertagung zu übernehmen.

Die Schwankungen des Pfund Sterling haben ein neues Element ins Spiel gebracht. Sie haben die institutionellen Diskussionen und die Zwietracht um das politische Sekretariat (vorläufig spricht man nicht mehr darüber) in den Hintergrund gedrängt, um alle Aufmerksamkeit auf die europäische Solidarität in Währungsangelegenheiten zu richten.

Ist es überhaupt sinnvoll, heben die Franzosen zu Recht hervor, weiter über eine Wirtschafts- und Währungsunion zu diskutieren, wenn wir nicht einmal in der Lage sind, angesichts der durch die Irrfahrt des Dollars verursachten Attacken der internationalen Spekulation mit einer Stimme zu sprechen?

Auf diese Frage haben die europäischen Minister anlässlich ihres Treffens in Luxemburg am 26. Juni keine wirklich überzeugende Antwort geben können. Sie haben zwar bekräftigt, dass sie sich an ihre Verpflichtungen halten werden. Aber auf das eigentliche Problem sind sie nicht eingegangen, nämlich welche wirksamen Maßnahmen es zu ergreifen gilt, um sich gemeinsam gegen die Unwägbarkeiten der Kapitalflüsse zu verteidigen.

Vielleicht wird hierzu ja das Treffen Pompidou-Brandt am 3. Juli etwas Sinnvolles beitragen. Obwohl die Zeiten, in denen die Regierungen zweier Mitgliedsländer über das Schicksal der Gemeinschaft bestimmen konnten, eigentlich der Vergangenheit angehören.

Die Außenminister haben sich ihrerseits eine Bedenkzeit bis zum 18. Juli eingeräumt.

Wird es einen europäischen Gipfel am 19. Oktober geben?

Wird er vertagt?

Man könnte fast meinen, dass die Antwort lauten wird: Egal wie, angesichts der derzeitigen schlechten Stimmungslage ist es für Europa nur eine verpasste Gelegenheit mehr. Es ist nicht die erste und es wird auch nicht die letzte sein.

Raymond HUBERT